

Das Montagsinterview

INTERVIEW: ALEXANDER HAGELÜKEN

Den deutschen Sparkurs, den er so vehement ablehnt, hat Peter Bofinger, 62, immer im Blick. Von seinem Büro an der Uni Würzburg schaut er auf das Netz eines Gerüsts – das nicht der Sanierung des Gebäudes dient, sondern Studenten vor herabfallenden Fassadenteilen schützt. Seit Monaten. Um durchzublicken, hat Professor Bofinger größere Maschinen im Netz durchgesetzt. Deshalb heißt das Ding an der Uni jetzt „Bofinger-Netz“.

SZ: Sie sind der Dinosaurier unter den fünf Weisen. Sie sind seit 12 Jahren dabei. Gab's das schon mal? Peter Bofinger: Für einen Dinosaurier fühle ich mich doch noch etwas zu jung! Olaf Sievert und Wolfgang Franz waren mit 15 Jahren noch länger Mitglieder des Rates. Das Spannende ist, dass Sie seit Jahren Deutschlands ökonomischem Mainstream widersprechen, also auch Ihren Weisen-Kollegen. Wie viele Minderheitsvoten zum Jahresgutachten gaben Sie ab? Hm, gut 40. Ist das Rekord? Hans-Jürgen Krupp hatte in den Jahren 1982 bis 1984 17 Minderheitsvoten. Pro Jahr der Mitgliedschaft liegt er vorne.

MONTAGSINTERVIEW

Bilanzieren wir Ihre subversive Tätigkeit: Warum sind Sie so oft anderer Meinung? Es gibt ja zwei polare Sichtweisen auf Staat und Markt. Bei der einen ist der Markt das Reich des Guten, und der Staat ist das Reich des Bösen. Bei der anderen Perspektive, die man beispielsweise bei Sahra Wagenknecht findet, ist es genau umgekehrt. Die Mehrheit meiner Kollegen ist näher an der ersten Sichtweise als ich. Und Sie näher an Sahra Wagenknecht? Ich habe jedenfalls mehr Vertrauen in den Staat als meine Kollegen und weniger Vertrauen in den Markt als sie. So einfach? Dieser Unterschied zieht sich durch die meisten Themen. Die anderen Sachverständigen wollen das Gesetz für Erneuerbare Energien abschaffen. Ich finde, der Staat hat die umweltfreundlichen Technologien erfolgreich gefördert. Das hätte der Markt so nicht hingekriegt.

Ein Klassiker für Differenzen ist der Mindestlohn. Als er 2014 beschlossen wurde, klatschten Sie. Die Mehrheit der Sachverständigen warnte, er koste viele Jobs. Mancher sprach von Hunderttausenden. Es ist ein Dogma, dass nur der Markt die Löhne regeln soll. Die Bilanz des Mindestlohns ist prächtig. Ich hatte das erwartet. Die Branchen-Mindestlöhne etwa am Bau, im Elektrohandwerk oder bei den Friseurinnen hatten nie Jobs gekostet. So ist es auch jetzt. Wo die Löhne vorher besonders niedrig waren, entstand sogar mehr Beschäftigung als anderswo. In bargeldnahen Branchen wie Gastronomie und Taxigewerbe hat der Chef oft schwarz was draufgelegt. Jetzt wird daraus Beschäftigung zum Mindestlohn. Davon profitieren Arbeitnehmer, Staat und Sozialkassen. Mainstream-Ökonomen behaupten aber, die Schädlichkeit des Mindestlohns ließe sich erst in einer Rezession beurteilen. Manche sind einfach schlechte Verlierer. Wenn es inzwischen mehr Arbeitslose gäbe, wäre das Geschrei riesig.

Wenn bei den fünf Weisen die Meinungen aufeinanderprallen, scheint es zur Sache zu gehen. Ihr Ex-Kollege Wolfgang Franz bezeichnete Sie am Anfang als „nicht teamfähig“. Wolfgang Wiegand begründete seinen Rückzug nicht nur mit der Arbeitsbelastung, sondern auch mit Ihnen. Wolfgang Wiegand und ich verstehen uns seit Langem sehr gut. Nach den Problemen ganz am Anfang, also 2004, haben wir im Rat menschlich ein sehr gutes Verhältnis. Die Diskussion in der Sache tut dem überhaupt keinen Abbruch. Vor unseren Sitzungen frühstücken wir im gleichen Hotel, abends gehen wir oft zusammen essen. Die anderen Weisen wollen den Arbeitsmarkt weiter flexibilisieren. Dagegen kri-

„Manche Ökonomen sind einfach schlechte Verlierer“

Der Wirtschaftsweiser Peter Bofinger über seinen ewigen Kampf mit der Mehrheit deutscher Volkswirte um Mindestlohn und Sparkurs. Weil die wachsende Ungleichheit der AfD helfe, fordert er 56 Prozent Spitzensteuersatz



Globalisierung sorgt nicht nur für Wohlstand, sagt Bofinger. Verlierern müsse geholfen werden. FOTO: IMAGO STOCK&PEOPLE

tisiert die OECD, der deutsche Beschäftigungsrekord bestehe zu 40 Prozent aus befristeten Stellen, Teilzeit oder Minijobs. Die gute Beschäftigungsentwicklung ist vor allem auf eine Flexibilisierung der Arbeitszeit zurückzuführen. Von 2000 bis 2013 stieg der Zahl der Jobs um fast zwei Millionen, ohne dass die Zahl der gearbeiteten Stunden nennenswert zunahm. Im internationalen Vergleich ist der Kündigungsschutz in Deutschland sehr hoch, aber das hat der Arbeitsmarktentwicklung nicht geschadet. Deshalb bin ich gegen eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes. Stattdessen sollte der Staat an der einen oder anderen Stelle mehr regulieren. Wo denn? Nehmen Sie die Werkverträge, mittels derer manche Firmen die Stammbelegschaft abbauen. Diese Mitarbeiter sind kostengünstig, weil sich die Sozialversicherungspflicht umgehen lässt. Müsstens alle Selbständigen, die keine berufsständische Versorgung haben, in die Rentenversicherung einzahlen, wären Werkverträge unattraktiv. Gleichzeitig ließe sich so über Jahrzehnte das Rentenniveau für alle Versicherten um ein Prozent erhöhen und der Beitragssatz um ein Prozent reduzieren.

Die große Flexibilisierung des Arbeitsmarkts kam 2003, als die Bundesrepublik als Europas kranker Mann galt. Hans-Wer-

ner Sinn prophezeite den Ausverkauf Deutschlands als „Basarökonomie“. Sie provozierten den Mainstream mit dem Buch „Wir sind besser, als wir glauben“ ... und ich hatte recht. Woher wissen Sie das? Der kranke Mann war eine Fehldiagnose. Wir standen nicht so schlecht da. Die Industrie war sehr wettbewerbsfähig. Natürlich gab es Probleme beim Sozialsystem, aber das hatte damit zu tun, dass Helmut Kohl auf diese Weise einen großen Teil der hohen Kosten der Wiedervereinigung finanziert hatte. Und es wurde damals völlig

übersehen, wie stark Deutschland war, dass es diesen historischen Umbruch vergleichsweise mühelos bewältigen konnte. Bestreiten Sie gerade, dass die deutsche Wirtschaft damals stagnierte? Nein. Das Wachstum war 2001 bis 2005 tatsächlich schwach. Das lag vor allem an der extremen Zurückhaltung bei den Löhnen, die Arbeitgeber mit Hinweis auf die angebliche Bedrohung durch die Globalisierung bei den Gewerkschaften durchsetzten. Diese Zurückhaltung förderte zwar mit der Zeit die Exporte, aber sie bremste das Wachstum sofort, weil die Löhne kaum stiegen und so den Konsum ausbremsten.

Die fünf Weisen

Der Sachverständigenrat begutachtet seit gut 50 Jahren im Auftrag der Bundesregierung die wirtschaftliche Entwicklung und macht Vorschläge für die Wirtschaftspolitik. Dabei sind die Weisen nicht nur häufig anderer Meinung als die Regierung, sie diskutieren wegen eher linkerer Mitglieder wie Peter Bofinger auch untereinander kontrovers. Derzeit sitzen im Gremium außerdem die Professoren Isabel Schnabel, Lars Feld und Volker Wieland. Vorsitzender ist Christoph Schmidt, Präsident des RWI-Instituts in Essen.

Anders als Sie hat Huber verstanden, dass deutsche Löhne nicht nur in Europa konkurrieren. Wir verkaufen fast die Hälfte der Exporte außerhalb Europas. Ob die deutschen Löhne um ein oder zwei Prozent mehr steigen, geht im Rauschen der Devisenmärkte unter. Schauen Sie sich die Schwankungen des Euro an: Ein Plus von einem Prozent macht der in einem Vormittag. Erstaunlicherweise sagen viele Unternehmer immer, ein starker Euro sei kein Problem. Aber ein Prozent höhere Löhne finden sie ganz schlimm. Obwohl beides denselben Effekt hat. Da sehen Sie, wie viel Ideologie da drin steckt. Und der Mainstream übersieht, welches Unheil zu geringe Lohnsteigerungen noch anrichten.

Was meinen Sie damit? Sie sind ein Grund für die wachsende Ungleichheit. Die deutsche Wirtschaftsleistung pro Kopf stieg von 1991 bis 2013 um 29 Prozent, aber das reale Nettoeinkommen hat sich für einen mittleren Haushalt nur um acht Prozent erhöht. Die unteren 30 Prozent der Haushalte verdienen netto nicht mehr als 1991. Diese Stagnation führt zu einer Konsumschwäche, der Anteil des privaten Verbrauchs an der Wirtschaftsleistung schrumpfte seit 2003 von 58 auf 53 Prozent. Die Nachfrageschwäche, die in allen Industriestaaten zu beobachten ist, lässt die Unternehmen mit Investitionen zögern. Und wer muss überall in die Lücke springen? Der Staat, mit teils sehr hohen Defiziten. Deutschland ist hier die einzige Ausnahme, aber das funktioniert nur, weil die anderen Staaten für die Stabilisierung der globalen Nachfrage sorgen. Wenn alle

dem nachhaltigen Denken der Mittelständler, dem Einfallsreichtum ihrer Mitarbeiter und der guten Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Unterstützung wurde das durch die Lohnzurückhaltung der Nullerjahre. Wäre Deutschland damals Ihrer Forderung nach höheren Löhnen gefolgt, wäre also der Boom ausgefallen. Nein! Der Voraussetzung für die Exportfolge sind die qualitativ hochstehenden Produkte und Serviceleistungen deutscher Firmen. Die Lohnzurückhaltung half da nur zusätzlich. Wären die Löhne in der extremen Phase von 2000 bis 2008 jährlich um ein bis 1,5 Prozent stärker gestiegen, hätte das bestimmt nicht geschadet. Unser Wachstum ist in dieser Phase durch eine überzogene Verschuldung im Rest des Euro-Raums finanziert worden. Und unsere bessere preisliche Wettbewerbsfähigkeit ging zulasten der anderen Mitgliedsstaaten. Ökonomen, die wie Hans-Werner Sinn vor der Krise die deutschen Löhne als viel zu hoch diagnostiziert hatten, stellten dann plötzlich fest, dass die französischen und spanischen Löhne zu hoch sind. Das führte zu einer Spirale nach unten. Es gibt eine Wende: In den vergangenen Jahren wurden die Geldbeutel der deutschen Arbeitnehmer stärker gefüllt. Dieses Jahr nehmen die Lohnstückkosten um 1,3 Prozent zu. Aber die Lohnstückkosten bei uns sollten noch kräftiger steigen, da die Mitgliedsstaaten mit hoher Arbeitslosigkeit die Löhne nicht so stark anheben, um gegenüber uns wettbewerbsfähiger zu werden. Jetzt werden Ihre Kritiker sagen: Der Bofinger, auf dem Gewerkschaftsleiter in den Sachverständigenrat gekommen, besorgt das Geschäft der Gewerkschaften. Dieses informelle Vorschlagsrecht ist Ausdruck des in Deutschland bisher sehr erfolgreichen Korporatismus, also der Beteiligung wichtiger Gruppen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Ich glaube, diese Praxis schadete dem Sachverständigenrat in den vergangenen 53 Jahren nicht, sondern führte zu einem Pluralismus in der Meinungsbildung. Den völlig objektiven Ökonomen gibt es ja ohnehin nicht. Aber trotzdem sehe mich ja nicht als Vertreter der Gewerkschaften. So habe ich mich anders als sie dafür ausgesprochen, das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung anzupassen. Und als ich 2013 zwei Prozent höhere Löhne in Deutschland vorschlug, um die Euro-Zone zu stabilisieren, beschwerte sich der damalige IG-Metall-Chef Berthold Huber: Er wolle noch keine Jobs in China subventionieren.

die Politik der schwarzen Null verfolgten, wäre die Weltwirtschaft schon längst in einem schwarzen Loch gelandet. Manche deutsche Ökonomen bestreiten, dass die Ungleichheit wirklich zunimmt. Man kann sich Phasen heraussuchen, in denen die Ungleichheit nicht weiter gestiegen ist, aber der langfristige Trend ist eindeutig. Er ist ja ein globales Phänomen. In den USA ist das reale mittlere Einkommen eines Vollzeitarbeitnehmers seit den 70er Jahren nicht mehr gestiegen, während sich die Wirtschaftsleistung verdoppelt. Das ging alles an die Reichen. In Großbritannien fielen die realen Löhne nach 2007 so stark wie nie seit 150 Jahren. Das war wesentlich für den Brexit. Die wachsende Ungleichheit facht den Populismus an und bedroht die Welt, wie wir sie kennen. In Deutschland fühlen sich die Anhänger der AfD besonders stark von der Wirtschaftsentwicklung abgekoppelt. Was schlagen Sie vor? Die Globalisierung bringt den Volkswirtschaften insgesamt mehr Wohlstand, aber innerhalb der Länder gibt es Gewinner und Verlierer. Vor allem die weniger qualifizierten Arbeitnehmer gucken in die Röhre.

„Die schwarze Null schadet dem Land und Europa.“

Wenn man die gesellschaftliche Legitimation der Globalisierung erhalten will, muss man die Verlierer kompensieren. Dazu braucht man höhere Steuern. Es wäre sicherlich angemessen, den Spitzensteuersatz wieder von 42 auf 56 Prozent erhöhen, wie zu Helmut Kohls Zeiten. Allerdings müsste er dann bei einem höheren Einkommen als bisher einsetzen. Und bei der Erbschaftsteuer sollte ein Satz von 15 Prozent auf wirklich alles gelten, mit Ausnahme des Häuschens von der Oma. Das werden Ihre Kollegen Wirtschaftsweisen kaum mittragen. Die pauschale Erbschaftsteuer fordern sie auch, allerdings mit einem Satz von zehn Prozent. Das größte Problem ist der Wettlauf um niedrigere Steuern, den Donald Trump und Theresa May jetzt lostreten. Der Steuerwettbewerb ist wie eine Autoimmunkrankheit der Globalisierung. Wenn man die Verlierer, also „vergessene Männer und Frauen“, kompensieren will, braucht der Staat mehr Einnahmen. Der Steuerwettbewerb bewirkt jedoch genau das Gegenteil. So hat die Globalisierung keine Zukunft.

Das sehen Trump und May anders. Die Wähler von Trump werden bald erkennen, wenn sie da auf den Leim gegangen sind. Und gegenüber Großbritannien sollte die EU den Zugang zum Binnenmarkt davon abhängig machen, dass das Land kein Steuerdumping betreibt.

Was kann die deutsche Politik noch tun? Wenig, sagt der ökonomische Mainstream, der den Bundesfinanzminister für den vierten Etat ohne Defizit lobt. Die schwarze Null schadet dem Land und Europa. Die Bundesregierung lässt riesige Wachstumspotenziale ungenutzt und ist darauf auch noch stolz. Wir könnten sehr viel mehr für Bildung ausgeben und mehr in die Infrastruktur investieren. Zieht man den Ersatz für Abschreibungen ab, sind die Investitionen des Staates seit Jahren negativ. Besonders die Kommunen mit hohen Sozialkosten müssten unterstützt werden, da ihnen das Geld für Investitionen fehlt. Das führt zu einem Teufelskreis. Welche Ausgaben Investitionen Ihnen vor? Ein Defizit von einem Prozent der Wirtschaftsleistung wäre schon ein Anfang. Dann stünden rund 30 Milliarden Euro jährlich für zusätzliche Zukunftsinvestitionen zur Verfügung. Bei Zinsen von null gibt es viele öffentliche Projekte, die eine Rendite von 10 Prozent und mehr versprechen. Volkswirtschaftlich ist die schwarze Null deshalb nicht zu rechtfertigen. Aber wenn sich der Finanzminister damit brüsten, klatscht die große Mehrheit der deutschen Ökonomen trotzdem Beifall.